



Informationen für den Verbraucher

- bei Vertragsschluss im Fernabsatz
 bei Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen

Stand:

Name und Anschrift des Unternehmers¹
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 EGBGB)

**Jede andere Anschrift des Unternehmers,
die für die Geschäftsbeziehung maßgeblich ist**
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 4 EGBGB)

Kommunikation

Telefonnummer:
Telefaxnummer:
E-Mail-Adresse:
Internetadresse:

Kommunikation

Telefonnummer:
Telefaxnummer:
E-Mail-Adresse:

¹ Unternehmer oder auch Sparkasse.

Name des Vertretungsberechtigten des Unternehmers bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 4 EGBGB)

Eintragung im Handelsregister
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 1 EGBGB)

Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 2 EGBGB)

Der Unternehmer betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.), soweit gesetzliche oder satzungsmäßige Regelungen keine Einschränkungen vorsehen.

Zuständige Aufsichtsbehörde
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 2 EGBGB)

Für die Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde:
Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main,
Postanschrift: Europäische Zentralbank, 60640 Frankfurt am Main (Internet: www.ecb.europa.eu)

– Name des Vertreters des Unternehmers –
Name des Vertreters des Unternehmers
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 3 EGBGB)

– Name einer anderen gewerblich tätigen Person als der Unternehmer, mit der der Verbraucher geschäftlich zu tun hat, und die Eigenschaft, in der diese Person gegenüber dem Verbraucher tätig wird –

Name einer anderen gewerblich tätigen Person als der Unternehmer, mit der der Verbraucher geschäftlich zu tun hat, und die Eigenschaft, in der diese Person gegenüber dem Verbraucher tätig wird
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 3 EGBGB)

– andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Verbraucher und dem Vertreter oder der gewerblich tätigen Person maßgeblich ist, oder der Vertreter bzw. die Person ist eine juristische Person, Personenvereinigung oder Personengruppe –
Jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Verbraucher und einem Vertreter des Unternehmers oder einer anderen gewerblich tätigen Person, mit der der Verbraucher geschäftlich zu tun hat, maßgeblich ist
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 4 EGBGB)

- Name des Vertretungsberechtigten des Vertreters oder einer anderen gewerblich tätigen Person, mit der der Verbraucher geschäftlich zu tun hat, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen –

Name des Vertretungsberechtigten des Vertreters oder einer anderen gewerblich tätigen Person, mit der der Verbraucher geschäftlich zu tun hat, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 4 EGBGB)

Wesentliche Merkmale der Finanzdienstleistung

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 5 EGBGB)

Der Verbraucher schließt eine Vereinbarung ab, nach der er an einer monatlichen Lotterie teilnimmt und gleichzeitig einen Betrag spart. Für jedes Los sind EUR _____ Teilnahmebetrag zu zahlen, von denen EUR _____ den Sparanteil und EUR _____ den Losanteil darstellen.

Der Teilnahmebetrag wird im Wege eines Dauerauftrags zu Lasten eines Girokontos bei der Sparkasse entrichtet.

- Die Sparanteile werden dem vom Verbraucher angegebenen Konto gutgeschrieben.
 Die Sparanteile werden dem vom Verbraucher angegebenen Konto bzw. DekaBank Depot gutgeschrieben.

Näheres zum Verfahren regeln die entsprechenden

Zustandekommen des Vertrags

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 5 EGBGB)

Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern, oder die Berechnungsgrundlage zur Überprüfung des Preises, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 6 EGBGB)

Der Verbraucher hat nur den vorgenannten Teilnahmebetrag zu entrichten.

- zusätzlich anfallende Kosten oder mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über die Sparkasse abgeführt oder von ihr in Rechnung gestellt werden –

Zusätzlich anfallende Kosten sowie Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 7 EGBGB)

- Befristung der Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen, beispielsweise die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote, insbesondere hinsichtlich des Preises –

Befristung der Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen, beispielsweise die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote, insbesondere hinsichtlich des Preises
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 9 EGBGB)

Zahlung und Erfüllung des Vertrags

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 10 EGBGB)

Zahlungspflicht des Verbrauchers

Die Einzahlung des Sparanteils und Entrichtung des Losanteils erfolgen im Wege des Dauerauftragsverfahrens zu Lasten des Girokontos des Verbrauchers monatlich in einer Summe.

Erfüllungspflicht des Unternehmers

- Die Sparanteile werden nach den entsprechenden Bedingungen dem vom Kunden angegebenen Konto gutgeschrieben.
 Die Sparanteile werden nach den entsprechenden Bedingungen dem vom Kunden angegebenen Konto bzw. DekaBank Depot gutgeschrieben.

Mit dem Losanteil nimmt der Kunde an der Lotterie teil.

- spezifische zusätzliche Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat und die durch die Sparkasse in Rechnung gestellt werden –

Spezifische zusätzliche Kosten für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels, wenn solche zusätzlichen Kosten durch den Unternehmer in Rechnung gestellt werden
(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 11 EGBGB)

Mindestlaufzeit des Vertrags über eine dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Leistung

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 13 EGBGB)

Die Mindestlaufzeit des Vertrags ergibt sich aus den Regeln zur ordentlichen Kündigung.

Vertragliche Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 14 EGBGB)

Im Übrigen gelten die in Nr. 26 der AGB der Sparkasse für den Kunden und die Sparkasse festgelegten Kündigungsregeln.

Anwendbares Recht vor Abschluss des Vertrags/Mitgliedstaat der Europäischen Union

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 15 EGBGB)

Der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags wird das Recht der Bundesrepublik Deutschland (Mitgliedstaat der Europäischen Union) zugrunde gelegt.

Anwendbares Recht

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 16 EGBGB)

Auf den Vertrag ist deutsches Recht anwendbar, sofern dem nicht zwingende gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

Vertragssprache/Kommunikationssprache

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 17 EGBGB)

Die Vertragsbedingungen und die in der Widerrufsbelehrung genannten vorvertraglichen Informationen werden in deutscher Sprache mitgeteilt. Mit Zustimmung des Verbrauchers ist die Kommunikation mit dem Unternehmer während der Laufzeit des Vertrags in deutscher Sprache zu führen.

Hinweis auf außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren sowie gegebenenfalls Zugangsvoraussetzungen

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 18 EGBGB)

Bestehen eines Widerrufsrechts

(Information zu Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 12 EGBGB)

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung **innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen**. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben. **Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs**, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des **Unternehmers**; anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;
- *Vertreter der Sparkasse in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem der Verbraucher seinen Wohnsitz hat, oder andere gewerblich tätige Person, mit der der Verbraucher geschäftlich zu tun hat* –
3. die Identität des Vertreters des Unternehmers in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem der Verbraucher seinen Wohnsitz hat, wenn es einen solchen Vertreter gibt, oder einer anderen gewerblich tätigen Person als dem Unternehmer, wenn der Verbraucher mit dieser Person geschäftlich zu tun hat, und die Eigenschaft, in der diese Person gegenüber dem Verbraucher tätig wird;
4. die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;

– andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Verbraucher und dem Vertreter oder der gewerblich tätigen Person maßgeblich ist, oder der Vertreter bzw. die Person ist eine juristische Person, Personenvereinigung oder Personengruppe –

4. zur Anschrift

- a) die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;
- b) jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Verbraucher und einem Vertreter des Unternehmers oder einer anderen gewerblich tätigen Person als dem Unternehmer, wenn der Verbraucher mit dieser Person geschäftlich zu tun hat, maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;

5. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;

6. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht;

– zusätzlich anfallende Kosten oder mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über die Sparkasse abgeführt oder von ihr in Rechnung gestellt werden –

7. gegebenenfalls zusätzlich anfallende Kosten sowie einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden;

– Befristung der Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen, beispielsweise die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote, insbesondere hinsichtlich des Preises –

8. eine Befristung der Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen, beispielsweise die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote, insbesondere hinsichtlich des Preises;

9. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;

– spezifische zusätzliche Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat und die durch die Sparkasse in Rechnung gestellt werden –

10. alle spezifischen zusätzlichen Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat, wenn solche zusätzlichen Kosten durch den Unternehmer in Rechnung gestellt werden;

11. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrunde liegende Vorschrift: § 357b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);

12. die Mindestlaufzeit des Vertrags, wenn dieser eine dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Leistung zum Inhalt hat;

13. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen;

14. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;

15. eine Vertragsklausel über das auf den Vertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;

16. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;

17. den Hinweis, ob der Verbraucher ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen.

Abschnitt 3 Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

- *Es liegt ein zusammenhängender Vertrag (§ 360 BGB) vor -*

Besondere Hinweise

Bei Widerruf dieses Vertrags sind Sie auch an einen mit diesem Vertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden, wenn der zusammenhängende Vertrag eine Leistung betrifft, die von uns oder einem Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem Dritten erbracht wird.

Ende der Widerrufsbelehrung

MUSTER